Pressemitteilung der "Nonnenstieg-Bürgerinitiative" zum TOP Ö4 "Bauliche Nachnutzung des ehem. IWF-Geländes" der Bauausschuss-Sitzung der Stadt Göttingen am 07.11.2013

IWF: Bürgerinteressen finden sich im Bebauungsplan kaum wieder

Nochmalige Neuplanung wäre das einzig Richtige

Der in der heutigen Bauausschuss-Sitzung vorgestellte Entwurf des Bebauungsplans für das IWF-Gelände am Nonnenstieg soll in wesentlichen Zügen das erlauben, was bereits Anfang 2013 ohne jegliche Bürgerbeteiligung ausgehandelt worden war. Unterschiede gibt es nur in sekundären Details. "Wir sind überhaupt nicht ernst genommen worden", fasst Elizabeth Gregorius, die Sprecherin der Nonnenstieg-Bürgerinitiative, das Ergebnis von zwölf Monaten intensiver Gremienarbeit zusammen.

Im Februar 2013 war nach einer verheerenden Reaktion auf den Siegerentwurf aus einem Architekturwettbewerb von OB Meyer (SPD) eine Neuplanung eingeleitet worden. Einem Antrag der Grünen folgend sollte im Lauf dieses neuen Verfahrens zunächst der Bürgerwille ermittelt werden, daraus sollten Ziele einer Bauleitplanung entwickelt und darauf basierend ein konkreter Bebauungsplan ausgearbeitet werden.

Doch das Bauamt und die Göttinger Stadtpolitik scheinen nicht damit vertraut zu sein, wie bürgernahe Bauleitplanung in anderen Städten schon seit Jahren erfolgreich funktioniert. Zwei Veranstaltungen wurden organisiert, deren Absicht sich im Nachhinein eher als eine Belehrung der Bürger über die Absichten der Stadt denn als ein Austausch auf Augenhöhe darstellt. Obwohl Stadtbaurat Thomas Dienberg bei der

Bürgerversammlung am 24. Juni 2013 noch verkündete "dass Geschosswohnungsbau kommt, halte ich für sicher, aber über die Details und die Größe des Bauprojekts können wir reden", stand die gesamte Planung in praktisch allen wesentlichen Punkten bereits seit Februar 2013 fest.

Die Vorstellungen der Anwohner, die noch an ein offenes Verfahren glaubten, waren schnell vorgebracht: Geschosswohnungsbau ja, aber keine überdimensionierte Bausünde, Erhalt der Bäume und ihres naturnahen, waldartigen Biotops, an die nächste Umgebung angepasste Gebäudehöhen, ein dem Stadtviertel angemessener Abstand zur Straße und den angrenzenden Häusern sowie eine ästhetisch ansprechende Architektur. Das sind alles andere als destruktive Forderungen: Bis zu 130 Wohnungen könnten unter solchen Vorgaben entstehen. Um eine an den Realitäten orientierte Zahl zu nennen, sei an die maximale Anzahl von 120 Beschäftigten des ehemaligen IWF erinnert.

Diese Hauptforderungen waren die Konsequenz aus der für gescheitert erklärten Planung des Vorjahres, wo 57 % der Bäume sofort hätten gefällt werden müssen, für zehn riesige baugleiche fünfstöckige Häuser, 8 Meter von der Straße und in einem unpassenden und als erschreckend empfundenen Baustil. Die Reaktion im Stadtviertel war dermaßen heftig, dass die Option "ein oder zwei Häuser weniger" schnell verworfen wurde. Die Entscheidung der Stadtpolitik für eine Neuplanung überraschte selbst viele Fachleute.

Doch in der neuen Planung scheint sich das Bauamt nicht wirklich von den alten Vorgaben gelöst zu haben. Statt 57 % der Bäume dürfen nun 56 % gefällt werden, die Häuser sollen diesmal sogar bis zu sieben Stockwerke hoch sein dürfen, fast ebenso baugleich sein und nun mit 10 Meter Abstand von der Straße, und über den Baustil darf der Investor wie immer alleine entscheiden. Man fühlt sich an die Bauplanung wie in den 1970er Jahren erinnert.

"Das zeugt nicht von dem Willen, eine echte Neuplanung in Angriff zu

nehmen. Wir können das nicht begreifen, gerade weil wir so viel Vertrauen hatten, dass unsere Anliegen gehört werden", konstatiert Elizabeth Gregorius, die betont, die Forderungen der Nonnenstieg-Bürgerinitiative seien immer moderat gewesen und in einer kooperativen Art und Weise vorgetragen worden. "Besonders in die Stadtpolitik hatten wir viel Vertrauen gesetzt. Wir hofften, dass der gesamte Entwurf zurückgewiesen und endlich eine wirkliche Neuplanung eingeleitet wird".

Eine zweite Neuplanung? Das gab es wohl noch nie. "Das ist aber die einzige Konsequenz, die man hier ziehen kann", meint Elizabeth Gregorius.

Als besonders gravierend empfinden wir, dass konstruktiv gemeinte Vorschläge von Anwohnern sogar regelrecht missbraucht wurden. Im Verlauf des "Runden Tischs" wurden von den Anwohnern Testentwürfe vorgestellt, die eindeutig belegten, dass die von der Verwaltung angestrebte Verdichtung (GFZ 0.95) unter Erhaltung der Bäume und angepasster Abstände von der Straße sowie von den angrenzenden Wohnhäusern nur mit Gebäudehöhen von bis zu 7 Stockwerken zu erreichen wäre. Hierbei wurden sogar noch zentrale ästhetische Aspekte berücksichtigt. Das überschritt deutlich die Vorgabe der Verwaltung von bis zu 5 Stockwerken. Im jetzigen Bebauungsentwurf finden sich zwar 7 Stockwerke, jedoch weder der Baumschutz noch die Ästhetik wieder.

Wir hatten uns in unseren Forderungen sogar sehr eng an die der Parteien gehalten, vor allem der SPD und der Grünen, weil wir Vertrauen darin hatten, dass wir gemeinsam mit den Parteien mehr erreichen würden als wenn wir nur für unsere eigenen Partikularinteressen streiten würden. Sehr überrascht hat uns nun, dass die Parteien plötzlich ihre eigenen Forderungen und Positionspapiere nicht mehr verfolgen. Besonders die Grünen fallen tief.

Die Umweltpartei zog ihren mit viel Elan im Februar eingereichten Antrag für das geplante neue Verfahren in der Baupolitik kleinlaut zurück — und lehnte einen Antrag der Piratenpartei ab, überhaupt noch einmal darüber

zu reden. Wir hatten viel Hoffnung in diese neuen Ideen gesetzt, die gerade in grün regierten Städten anderswo bereits praktiziert werden.

Es drängte sich der Eindruck auf, dass nur die drei kleinen Parteien wirklich bereit waren, die durch beide Bürgerinitiativen vorgetragenenen und unter großem Einsatz erarbeiteten Vorstellungen zumindest in ihren wesentlichen Ansätzen aufzugreifen.

Für die "Nonnenstieg-Bürgerinitiative" am 08.11.2013

Elizabeth Gregorius, Sprecherin

www.nonnenstieg-buergerinitiative.de (mit "ue")